

## Inklusion in der Praxis - Der Kampf um die Ressourcen

Die Schulkonferenz der Gesamtschule Marienheide beklagt den Mangel an Förderlehrern. Die gegenwärtigen Lern- und Arbeitsbedingungen sind nicht mehr hinnehmbar. Elternvertreter diskutieren mit verantwortlichen Politikern in einer öffentlichen Veranstaltung.



Stefan Eckel  
Schulpflegschaftsvorsitzender

STEFAN ECKEL

### Fakten

Die Gesamtschule Marienheide hat 70 Schüler/-innen mit anerkanntem Förderbedarf.

Für die Betreuung der vier Förderschüler mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung (KM) wurden der Schule kurz vor den Sommerferien und nach massiver Intervention durch den Schulleiter 0,54 Stellen zur Verfügung gestellt.

Die untere Schulaufsicht hatte auf Nachfrage zunächst mitgeteilt, dass die KM-Schüler auch aus dem LES\*-Budget zu betreuen seien. Der Förderbedarf für KM-Schüler ist allerdings mit 0,68 Stellen laut Schüler-/Lehrerrelation angesetzt.

### LES-Unterhang

Für die übrigen 66 Förderschüler/-innen in den Jahrgängen 5 bis 10 mit dem Förderschwerpunkten LES wurden der Schule 3,0 Stellen

im LES-Budget zugewiesen, obwohl die entsprechenden rechtlichen Vorgaben bei Vollausbau der Inklusion mindestens 1,0 Stellen pro Zug vorsehen. Ergebnis: Ein Unterhang von mindestens 2,0 Stellen im LES-Budget.

### Schulkonferenz handelt

Die Schulkonferenz beschwerte sich über diesen Missstand im Sommer 2016 bei der Schulaufsicht und bei verantwortlichen Politikern.

In der Folge war die Schulaufsicht sehr bemüht, schrittweise Abhilfe zu schaffen. So wurde eine zum Sommer 2016 beendete Abordnung eines Förderlehrers vom Herbst 2016 bis März 2017 erneut durchgeführt und eine aus Elternzeit zurückkehrende Sonderpädagogin zum März 2017 in Teilzeit mit 0,63 Stellen an die Schule versetzt.

\* Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache



Fotos: Mathias Deger, Gesamtschule Marienheide  
Podiumsdiskussion, 9.3.2017



### Politiker informieren sich

Landtagsabgeordnete aller Fraktionen, mit Ausnahme von Bündnis 90/Grünen, besuchten nach den Herbstferien 2016 die Schule und informierten sich vor Ort. Sie sahen sich den Unterricht an, sprachen mit Elternvertretern, Lehrern und der Schulleitung darüber, wie die Inklusion vor Ort gestaltet wird und welche Probleme es im Schulalltag gibt.

### Schulaufsicht reagiert

Die Schulaufsicht wies der Schule im Januar 2017 für das Ausschreibungsverfahren eine weitere Stelle im LES-Budget zu, die bisher allerdings noch nicht erfolgreich besetzt werden konnte.

### Auf dem Podium:

- Rainer Dahlhaus, GGG NRW e.V., Vorstandsmitglied
- Claudia Wichmann, LEIS-NRW e.V., stellv. Vors.
- Peter Biesenbach, MdL NRW, stellv. Fraktionsvors. der CDU-Fraktion
- Sigrid Beer, MdL NRW, Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Stefan Eckel, Schulpflegschaftsvorsitzender, der GE Marienheide
- Renate Hendricks, MdL NRW, Bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion
- Monika Pieper, MdL NRW, Bildungspolitische Sprecherin der Piratenfraktion
- Stefan Meisenberg, parteiloser Bürgermeister der Gemeinde Marienheide
- Uwe Riemer-Becker, GEW NRW, Moderator

## Bewertung aus schulischer Sicht

- Die in dem Bereich Inklusion eingebrachten Ressourcen reichen nicht aus.
- Vorher angekündigte Stellenanteile werden von der Obersten Schulaufsicht nicht in das System eingebracht.
- Die viel zu gering zugewiesenen Stellen können aufgrund fehlender Bewerber/-innen nicht vollumfänglich besetzt werden.
- Das Bemühen der Oberen Schulaufsicht zu helfen, wenn von Seiten der Schule der entsprechende Bedarf (massiv) angemahnt wird, ist unverkennbar, reicht aber nicht aus, die strukturellen Mängel bei der Lehrerversorgung im Bereich des LES-Budgets auszugleichen.

Der Aufwand, der von Seiten einer Schule betrieben werden muss, um die „zugesagten“ Ressourcen zumindest annähernd zu erhalten, ist unverhältnismäßig und völlig inakzeptabel. Anspruch und Wirklichkeit klaffen meilenweit auseinander.

## „Sprachlosigkeit“ des Ministeriums

Auf den Brief der Schulkonferenz Ende Oktober 2016 antwortet das Schulministerium mit einem „Standardschreiben“. Die Schulpfleg-

schaft erhält erst nach vier Monaten ein Antwortschreiben mit dem Hinweis, dass man zur konkreten Situation nichts sagen könne und dem Verweis auf die Bezirksregierung als möglichen Gesprächspartner.

## So nicht: Podiumsdiskussion „Ist unser Inklusionsalltag schon gescheitert?“

Da Schulaufsicht und Bezirksregierung das grundsätzliche Problem der fehlenden Ressourcen nicht lösen können, musste es eine Auseinandersetzung mit den dafür verantwortlichen Politikern geben. Deshalb fand am 9. März 2017 eine von uns Eltern organisierte Podiumsdiskussion mit Politikern und Elternvertretern statt.

## Welche Lösungen sehen die Politiker?

Im Grunde keine! Inklusion sei ein Prozess, die kommunalen Schulträger müssten ihre Schulen entsprechend ausstatten. Und wenn einer Kommune dafür die Mittel und Möglichkeiten fehlen? Was ist mit den Kindern, die jetzt unter den Missständen leiden?

## Fazit

So kann es nicht weiter gehen. Im Sinne der Kinder müssen ausreichend Ressourcen vorhanden sein, sonst ist der Inklusionsalltag wirklich zum Scheitern verurteilt.